

Berlin, 08.02.2011

Ansprechpartner: Kai Boeddinghaus
Kontakt: kai.boeddinghaus@bffk.de

Wörter: 270 Zeichen: 1984

Pflegekammern – mit Vollgas in die Sackgasse

Der Bundesverband für freie Kammern e.V. (bffk) spricht sich energisch gegen die Errichtung von Pflegekammern mit Zwangsmitgliedschaft aus, wie sie jetzt in Bayern geplant wird. „Das System der Zwangsverkammerung passt schon im Bereich von Handwerk, Handel und Industrie nicht mehr in die Zeit“, so Kai Boeddinghaus, Bundesgeschäftsführer des bffk. „Mit einem Eingriff in die Grundrechte der Pflegekräfte und der Schaffung neuer bürokratische Monster wird der Verbesserung in der Pflege ein Bärendienst erwiesen“, so Boeddinghaus.

Zahllose Beispiele aus den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern, aber auch anderen berufsständischen Kammern zeigen, dass mit der Schaffung solcher Pflichtorganisationen zu aller erst eine Selbstbedienungsmentalität gefördert wird, die sich mit höchsten Gehältern versorgt. Die endlose Kette von Beispielen von Missbrauch, Missständen, Veruntreuungen und Verschwendungen zeigen, dass der Kammerzwang mit der Garantie immer fließender Zwangsabgaben dem eigentlich Ziel – hier die Verbesserung der Pflegesituation – entgegensteht. Die Geschichte der Kammern zeigt überdies, dass es ihnen regelhaft an der notwendigen demokratischen Legitimation fehlt. Es steht zu befürchten, dass auch im Bereich der Pflege große Pflegeorganisationen und Verbände ihre Pfründe sichern. Die Interessen der normalen Pflegekräfte aber auch der Menschen, die auf Pflege angewiesen sind bleiben auf der Strecke.

Angesichts der Tatsache, dass das System des Kammerzwangs sowohl gerichtlich wie außergerichtlich auf dem Prüfstand steht, stellt sich für den bffk zudem die Frage, wie lange eine mögliche neue Pflegekammer Bestand haben kann

Der bffk fordert die Politik auf, den modernen Anforderungen, die eine Verbesserung der Pflegesituation an die Gesellschaft stellt, mit einem modernen Instrument zu begegnen. „Der Kammerzwang stammt aus der Mottenkiste der Republik, er ist kein zeitgemäßes Handwerkszeug zur politischen Gestaltung“ stellt Boeddinghaus fest.